

Entwicklung der Energieerzeugung und des Klimaschutzes im Land Bremen

Bremische Bürgerschaft (Landtag) – 17. Wahlperiode – 21. Sitzung am 08.05.08

[...]

Abg. **Jens Dennhardt (SPD):**

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren! Die Energieerzeugung in Europa steht an einem spannenden Punkt. Rohstoffknappheit und die politische Veränderung der Rahmenbedingungen führen inzwischen dazu, dass es auch für die Energieerzeuger – unabhängig von ihrer Umweltleidenschaft – wirtschaftlich interessant wird, sich mit erneuerbaren Energien auseinanderzusetzen. Die Preise von Öl, Gas und auch Kohle steigen, während zur Gewinnung erneuerbarer Energien immer effizientere Technologien entwickelt werden, auch in Bremen und Bremerhaven. Atomkraft ist die falsche Antwort auf die Herausforderungen des Klimawandels.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das Erneuerbare-Energien-Gesetz, EEG, findet immer mehr Nachahmer. Es wurde bereits von 47 Staaten der Erde in seinen Grundzügen übernommen. Der europäische CO₂-Emissionshandel wird ausgeweitet und zum Vorbild für andere Länder und Kontinente. Erneuerbare Energie und effiziente Energietechnik sichern und schaffen vor diesem Hintergrund Arbeitsplätze in Industrie, Mittelstand und Handwerk. Besonders hervorzuheben ist die schon in der Großen Koalition gelungene Ansiedlung der Windkraftanlagenhersteller in Bremerhaven. Durch den Ausbau zum führenden Standort in Deutschland für besonders leistungsfähige Windenergieanlagen auf See erhält Bremerhaven zusätzliche Impulse.

Aber auch für das Land Bremen und seine beiden Städte wird es immer wirtschaftlicher, sich direkt dem Klimaschutz zu widmen und nicht erst dem Schutz vor den Folgen des veränderten Klimas. Schon jetzt sind allein für die Erhöhung der Deiche im Lande Bremen in den kommenden zehn Jahren rund 130 Millionen Euro notwendig. Solche Folgekosten gilt es in Zukunft zu vermeiden.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Bis 2004 ist der Anteil der erneuerbaren Energien an der Bruttostromerzeugung im Land Bremen gegenüber 1990 um 0,9 Prozent auf 2,1 Prozent gestiegen. Mit 0,7 Prozent trug zu diesem Anstieg hauptsächlich die Einführung der Windenergie bei. Beim Stromverbrauch, aus dem der hohe Stromexport des Landes Bremen herausgerechnet ist, war es ein Anstieg um 1,2 Prozent auf 3,1 Prozent. Im Vergleich zur Bundesebene mit einem aktuellen Anteil der erneuerbaren Energien von rund 13 Prozent im Strombereich ist das noch nicht viel. Deshalb strebt die rot-grüne Koalition an, den Anteil der erneuerbaren Energien an der Energieerzeugung im Land Bremen deutlich zu erhöhen.

Wie groß die Herausforderung ist, wird jedoch besonders deutlich, wenn man bedenkt, dass die Bundesregierung das Ziel hat – auf das Herr Imhoff auch schon hingewiesen hat –, den Anteil in Deutschland bis 2020 auf 25 bis 30 Prozent zu erhöhen. Wenn die öffentliche Hand in Bremen nun selbst auf Ökostrom umstellt, kann das nur einen kleinen Teil zur notwendigen Aufholjagd bei der Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energien im Land Bremen beitragen. Aber wer sonst, wenn nicht die öffentliche Hand, soll in dieser Frage mit gutem Beispiel vorangehen? Eine echte Veränderung bei der Stromerzeugung in Bremen bedeutet der Bau des Wasserkraftwerkes am Weserwehr. Besonders erfreulich ist, dass sich die swb als Ausdruck einer neuen Strategie für die sich verändernden Marktbedingungen nun doch daran beteiligt.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Die Entwicklung der erneuerbaren Energien braucht Zeit. Sie wird kurzfristig nicht

allein in der Lage sein, unsere Klimaschutz- und energiepolitischen Ziele zu erreichen. Wichtig ist deshalb vor allem auch die Erhöhung der Energieeffizienz. Hier ist zum Beispiel der weitere Ausbau der Nah- und Fernwärmeversorgung zu verfolgen.

Außerdem brauchen wir Maßnahmen zur Energieeinsparung. Hierzu zählen das so genannte Energiespar-Contracting zur Erschließung von Energieeinsparpotenzialen, die Förderung der Gebäudedämmung und der Energieausweis für Wohnungen und Gebäude. Diese Maßnahmen begrenzen unter anderem den Energiepreisanstieg und sorgen für Umsatz und Arbeitsplätze im regionalen Handwerk.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Die rot-grüne Koalition wird das Land Bremen weiter zum Kompetenzzentrum des Nordens für Energieeinsparung, erneuerbare Energien, effiziente Erzeugungs- und Nutzungstechniken und Klimaschutz ausbauen. Die Koalition plant hierzu im Einklang mit den Klimaschutzzielen auf nationaler und europäischer Ebene eine Vielzahl von Maßnahmen. Das in der Mitteilung des Senats in Kürze angekündigte Klimaschutz- und Energieprogramm wird diese Pläne weiter konkretisieren. Wir begrüßen sehr, dass hierüber ein Dialog mit den relevanten Akteuren in Bremen geführt werden soll. – Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

[...]